

## **EU-Wahlen im postdemokratischen Dilemma? Eine Einzelfallstudie am Beispiel der 29. „Europawahlen“**

**Zusammenfassung:** Seit mehr als zehn Jahren wird die Europäische Union durch eine Vielzahl nationaler, supranationaler sowie transnationaler Schwierigkeiten an den Rand ihrer politischen Problemlösungsfähigkeit geführt. Allerdings erscheinen sowohl die Output- als auch Input-Legitimität des EU-Mehrebenensystems im Hinblick auf Partizipationsraten und Ergebnisse betagterer Wahlen auf allen Gebietskörperschaften erheblich herabgesetzt, werden der Evaluation neorepublikanische Demokratietheorien zugrunde gelegt. Angesichts solcher „Tendenzen des Postdemokratischen“ stellt diese empirische Einzelfallstudie die Frage nach dem aktuellen Stand der gemeinschaftlichen Input-Legitimation und führt die 29. EU-Wahlen hierfür einer Analyse spezifischer Repräsentativität und Legitimität zu.

Zwar lassen sich hierbei nach 20 Jahren der geringen Wahlbeteiligung bei beiden Dimensionen erstmals graduelle Verbesserungen feststellen, dennoch zeichnen Vergleich und Untersuchung der nationalen Partizipationsraten und lokalen Wahlergebnisse weiterhin ein eher düsteres Bild: Schließlich weist demnach mehr als die Hälfte der Länder eine geringe Wahlbeteiligung auf, was die soziale Selektivität der Plebiszite und deren Ergebnisse im hohen Maße in Richtung des status quo des scheidenden Europäischen Parlaments gerückt haben dürfte. Dies muss, werden neorepublikanische Demokratieschulen als Maßstab angesetzt, auch die Repräsentativität der Parlamentsmehrheit und der von dieser gewählten Europäischen Kommission beeinträchtigen, sodass beiden Institutionen bestenfalls ein mittlerer Grad der Legitimität beizuordnen ist.

## **EU elections in the post-democratic dilemma? An individual case study using the example of the 29th "European Elections"**

**Summary:** For more than ten years, the European Union has been pushed to the brink of problem solving by a multitude of national, supranational and transnational difficulties. With regard to participation rates and results of older elections of all local authorities, both the output and input legitimacy of the EU multi-level system seem to be considerably reduced until recently, if the evaluation is based on neo-republican democratic theories. In view of such "post-democratic tendencies," this empirical case-by-case study raises the question of the current status of legitimacy and leads the 29th EU elections to an analysis of the specific degree of representativeness and legitimacy.

Although gradual improvements can be observed in both dimensions for the first time after 20 years of low voter turnout, the comparison and analysis of national participation rates and local election results continues to paint a rather gloomy picture: After all, more than half of the countries still have low turnout rates. Selectivity and thus election results moved to a high degree in the direction of the status quo of the outgoing European Parliament. This must, if neo-republican democracy schools are taken as a benchmark, also affect the representativeness of the parliamentary majority and the European Commission elected by it, so that at best a mediocre degree of legitimacy can be assigned to both institutions.

# 1. Einleitung

Offenbar sind die Europäische Union (EU) und ihr repräsentativ-demokratisches Mehrebenensystem in der vergangenen Dekade an Grenzen des den Bürgern<sup>1</sup> in legitimer Herrschaft vermittelbaren geführt worden (vgl. Gómez/Reiners/Wessels 2017: 11-17; Knelangen 2012: 34-39). Auslöser finden sich in Umbaumaßnahmen nationaler Wohlfahrtsstaaten, die seit Beginn der Euro-, Staats-, und Verschuldungskrise für wesentliche Teile europäischer Völker schwere Einschnitte bedeuteten und gemeinsame Ziele verfehlten sowie im Versagen von EU-Institutionen in der Migrations- und Sicherheitspolitik, das durch politische Akteure vernachlässigte Missstände jäh verschärft hat. Beim Souverän kann derlei im Lichte beständig wachsender Herausforderungen und zunehmend tiefgreifender (Gegen)Maßnahmen den Eindruck mangelnder Gemeinwohlorientierung kollektiv getroffener Entscheidungen erwecken, sich in Form medienwirksamer Demonstrationen äußern und den Zorn der Herrschaftsunterworfenen „auf die Straße“ tragen (vgl. Strohmeier 2007: 24 25; vgl. Merkel 2011: 47-49; Voßkuhle 2012: 5-6; Bähge/Holtkamp 2012: 5-6).

Tatsächlich war ein quantitativer Vertrauensverlust in das EU-Mehrebenensystem (und damit einhergehende Politikverdrossenheit bei Bürgern) zu registrieren, der das Absinken der Wahlbeteiligung auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen, die Stärkung EU-kritischer/-feindlicher Parteien/Fraktionen und nationale Austrittsbestrebungen, wie den Brexit plausibilisiert. Demnach haben allerdings weder der Vertrag von Lissabon noch die mit ihm eingeführten Europäischen Bürgerinitiativen (EBI) das ‚demokratische Defizit‘ der EU (vgl. Scharpf 2009: 250; 254; 255) entschärft oder gar eine Verbesserung bei den Graden politischer Partizipation oder sozialer Selektivität bewirkt. Dies konnte auch daran deutlich werden, dass sich im Durchschnitt bereits im Jahr 2014 weniger als die Hälfte der Wahlberechtigten (42,61%) an den EU-weiten Urnengängen beteiligte und hiervon wiederum lediglich ein Bruchteil überhaupt die Möglichkeit erhielt, auf oberster Ebene höhergradig politisch zu partizipieren (vgl. Europäisches Parlament 2014; Leggewie 2019: 9). Die Einfallstore für „eine direkte Demokratie in Europa“

---

<sup>1</sup> Unter „Bürgern“ werden hier sowohl männliche als auch weibliche Individuen zusammengefasst und zu Gunsten der besseren Lesbar- und Verständlichkeit von einer „gendergerechten Sprache“ abgesehen.

sind zwar konstitutionell offen, jedoch offenkundig politisch höchst selektiv (vgl. exemplarisch Steinbeis 2013). Werden kollektiv bindende Entscheidungen – etwa aufgrund geringer Wahlbeteiligung – ohne einen erheblichen Teil der Bevölkerung getroffen und analog Lasten unverhältnismäßig verteilt, kann dies aus Sicht neorepublikanischer Theorieschulen keineswegs ohne Folgen für die Legitimität des politischen Systems bleiben (Schaal 2010: 3f; Decker/Lewandowsky/Solar 2013: 44f).

Auch dem Input-/Output-Modell (vgl. Easton 1975: 436-437/1979: 32-33) folgend, lässt sich ein etwaiges Missverhältnis beim politischen Output zumindest ansatzweise auf der Ebene des politischen Inputs wiederfinden. Insofern wendet sich die hiermit vorgelegte empirische Studie dem Phänomen exklusiver Wahlbeteiligung während den 29. EU-Wahlen (zwischen dem 23. und 26. Mai 2019) zu. Sie geht dabei der Frage nach, inwiefern auf der Grundlage des jüngsten EU-weiten Plebiszits im Hinblick auf Partizipation und soziale Selektivität aus neorepublikanischer Perspektive politische Repräsentation und Legitimität herzustellen sind. Zur Beantwortung der Fragestellung lehnt sich der Theorieteil (ab Kapitel 2) eng an das Demokratie-Konzept Armin Schäfers (2013) an, insoweit die Dimension politischer Partizipation (vgl. van Deth 2009) ebenfalls unter Rückgriff auf grundlegende Literatur herausgearbeitet wird. Derweil werden außerdem bereits zentrale Begriffe geklärt sowie Zusammenhänge mit der Demokratie-Dimension von Legitimität hergestellt. Auf divergierende Anforderungen an individuelle Freiheit, Partizipation und politische (Un)Gleichheit in der liberalen Demokratietheorie einerseits und den neorepublikanischen Denkschulen andererseits wird dabei ebenso eingegangen wie auf deren jeweiligen Ansprüche an (endogene) Input-Legitimität. Auf der Grundlage des damit erarbeiteten Gesamtkonzeptes ist es sodann (im Kapitel 3) möglich zwei auf die jüngste EU-Wahl bezogene Hypothesen zu formulieren, aus denen wiederum im nächsten Schritt abhängige und unabhängige Variablen abzuleiten sind.

Unter Berücksichtigung zugrundeliegender konstitutioneller Rahmenbedingungen für EU-weite Wahlen und rechtlich bindende Entscheidungen sowie der beim Europäischen Parlament vorhandenen empirischen Daten wird (in den Kapiteln 3 und 4) analog schrittweise der Grad sozialer Selektivität ermittelt. Mit Blick auf die Wahlbeteiligung in den einzelnen Mitgliedsländern sowie deren spezifischen Indikatoren der Sozialstruktur geraten danach schließlich die soziale und politische Ungleichheit der Bürger bei den Wahlen in den Fokus der Untersuchung. Der Grad politischer (Un)gleichheit lässt ferner Rückschlüsse auf die Grade politischer Repräsentativität und der Legitimität des Urnengangs zu.